

Fraktionen

CDU



**Freie
Demokraten**
Kreistagsfraktion
Wesel **FDP**

im Kreistag Wesel

Herrn Landrat
Ingo Brohl

An die
Vorsitzenden der Fraktionen
sowie die Einzelkreistagsmitglieder

Wesel, 15.09.2022

Resolution zum Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG)

Sehr geehrter Herr Landrat,

die Fraktionen CDU, Grüne und FDP beantragen folgende Resolution am 29.9.2022 in die Tagesordnung des Kreistags aufzunehmen, zu beschließen und dem Deutschen Bundestag, der Landesregierung NRW sowie unseren lokalen Abgeordneten aus Bund und Land zuzuleiten:

Das Bundeskabinett hat am 13.07.2022 den Entwurf des zweiten Gesetzes zur Änderung des Brennstoffhandelsgesetzes (BEHG) gebilligt und zur Beratung an Bundestag und Bundesrat weitergeleitet. In diesem Gesetz wird u.a. geregelt, dass ab dem 01.01.2023 auf nationaler Ebene erstmalig auch die thermische Behandlung von Siedlungsabfällen in den Emissionshandel einbezogen werden muss.

Ein solches nationales Emissionshandelssystem würde nur für 3 Jahre bestehen, da die EU ab 2026 eine verbindliche europaweite Regelung einführen wird. Zudem wird die europarechtliche Vorschrift im Gegensatz zum jetzt vorgelegten Gesetz deutsche Verbrennungsanlagen mit einer Abscheidung und dauerhafter Bindung des CO₂ nicht in den Emissionshandel einbeziehen.

Obwohl es sich bei kommunalen Abfällen nicht um Brennstoffe handelt, müssten bei Verabschiedung der BEHG-Novelle die Müllverbrennungsanlagen in Deutschland entsprechend den fossilen CO₂-Gehalt des Siedlungsabfalls kostenpflichtige Zertifikate erwerben. Dies würde zwangsläufig zu einer Erhöhung der Abfallgebühren für alle Privathaushalte führen.

Gerade jetzt in Zeiten explodierender Energiepreise und stark steigender Kosten für den notwendigen Lebensunterhalt würde eine solche staatlich verordnete CO₂-Abgabe mit

vorausberechneten Belastungen von bis zu einer Mrd. Euro allen Bestrebungen zu weiteren notwendigen Entlastungen der Menschen entgegenlaufen.

Unberücksichtigt bliebe auch, dass Müllverbrennungsanlagen durch Stromeinspeisungen und die Bereitstellung von Fernwärme in der aktuellen Situation einen wertvollen Beitrag zur Entspannung des Wärme- und Strommarktes leisten.

Der Kreistag fordert daher den Deutschen Bundestag und die Landesregierung NRW auf:

- den geplanten nationalen Alleingang zur Einführung einer CO2 Abgabe auf Siedlungsabfälle abzulehnen.
- eine umweltgerechte Lösung der CO2 Emissionen bei der thermischen Behandlung von Siedlungsabfällen auf europäischer Ebene mitzugestalten.
- die Müllverbrennungsanlagen bei der Implementierung von CO2 Abscheidesystemen durch eine angemessene Förderkulisse zu unterstützen.
- Regelungen einzuführen, um dem Export von Abfällen in Staaten mit direkter „Billigentsorgung“ auf Deponien zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Frank
Berger

Hubert
Kück

Rudolf
Kretz-Manteuffel

F. d. R.



Timo Schmitz